



Wir brauchen aber nicht zu glauben, daß der anti-soziale Geist nunmehr gebannt sei. Nein! Er lebt fort. Manchmal zeigt er sich dreister und potternd, dann wieder stiller, aber nicht weniger gefährlich. Einige Anzeichen dieses Geistes habe ich schon gekennzeichnet. Sie heißen Lohndruck und Sturmlauf gegen die „sozialen Listen“.

Weiter! Wer will behaupten, daß die neuen Steuerpläne der Reichsregierung auf die Taschen der Arbeiter mehr Rücksicht nehmen, wie auf die Portemonnaies der Besitzenden! Während man die ganz großen Einkommen, die bisher bis zu 60 Proz. belastet waren, zukünftig nur bis zu 33 1/2 Proz. besteuern will, soll der prozentuale Steuerfuß für die niederen Einkommen bestehen bleiben. Nur eine ganz kleine Konzession in bezug auf das steuerfreie Existenzminimum will man machen. Dafür sollen die Genussmittel der minderbemittelten Schichten, Bier und Tabak, erheblich mehr belastet werden. Vom Reichstage erwarten und fordern wir, daß er die neuen Steuern sozialer gestaltet, wie es in den Plänen der Regierung liegt.

Zengt es von sozialer Gesinnung, wenn man bei geeigneten Gelegenheiten Minister, die aus dem Arbeiterstande, auch solche, die aus unserer Bewegung hervorgegangen sind, wegen ihres Herkommens verhöhnt? Wir sehen darin eine Mißachtung des Arbeiterstandes und eine Verhöhnung des Volksgemeinschaftsgedankens, den heute allerdings jeder in seinem Sinne auslegt.

Sie sehen aus diesen antisozialen Einstellungen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer noch so notwendig ist, wie vor 25 Jahren.

Krieg und militärisch-politischer Zusammenbruch haben zur Errichtung einer Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände geführt. Es gab Leute in Deutschland, die daraus große Hoffnungen für die Zukunft schöpften. Aufmerksam Beobachter hatten aber bald herausgefunden, daß es den Machern der Zentralarbeitsgemeinschaft auf Arbeitgeberseite mehr um Schaffung einer Hagelversicherung gegen eine soziale Revolution, als um wirkliche Gemeinschaftsarbeit zu tun war. Als die Hagelversicherung ihren Zweck erfüllt hatte, die Gewerkschaften durch die Inflation ihrer materiellen Macht beraubt, ermatteter am Boden lagen, ließ man die Arbeitsgemeinschaft ausliegen. Es hat keinen Zweck, diese Dinge nicht beim rechten Namen nennen zu wollen. (Sehr richtig!) Damit soll aber nicht der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft an sich verworfen werden. Der Gedanke ist richtig, er ist gesund. Wir im christlichen Gewerkschaftslager halten an ihm fest, wenn er zurzeit auch nicht realisierbar ist. Voraussetzung für eine gut funktionierende Arbeitsgemeinschaft ist eine starke, zielbewußte Gewerkschaftsbewegung. Eine solche wird sich auch den abstraktesten Strömungen im Arbeitgeberlager gegenüber durchsetzen. Wenn man uns dort nicht lieben wird, — sind wir stark genug, wird man uns respektieren. Vielleicht kommt dann später einmal der innere Gesinnungswandel. Also nochmals, stärken wir mit allen Kräften und Mitteln unsere Bewegung!

Sie christlichen Arbeiter haben Verständnis für die drückende Lage unseres Volkes und Vaterlandes, wie sie sich aus dem Versailles Diktat ergibt. Sie haben oft durch Taten bewiesen, daß wir tun, was möglich ist, um aus dieser Lage herauszukommen. Leider mußten wir wahrnehmen, daß gewisse leistungsfähigere Kreise am liebsten den Arbeitnehmerschichten die ganze Last des verlorenen Krieges aufbürden möchten. Tag-gegen wehren wir uns, und wir wären Hundstöße, wenn wir uns nicht wehrten. (Stürmischer Beifall.)

Sie sind in erster Linie Arbeiterinteressenvertreter und müssen dies so lange bleiben, als andere, reichere Schichten ihre Interessen dem Gesamtwohl voranzustellen. Wenn man staatsrechtliche Gedanken zu sehr in den Vordergrund stellt, dann gibt es Leute, die meinen, laßt die Arbeiter den Staat retten, wir werden erst einmal uns retten. (Sehr gut!)

Nach dieser sozialpolitischen Abschweifung will ich nur noch einige Worte über die augenblickliche Lage des Verbandes und die Konjunkturaussichten sagen.

Zeit einigen Monaten geht es, was die Mitgliederbewegung anbelangt, wieder aufwärts. Zurzeit wird der Verband einige dreihunderttausend Mitglieder zählen. Ende März waren es 32000. Der Zuwachs ist kein sprunghafter, aber ein stetiger. Bevor der Deutsche Bauarbeiterverband mit der L. A. M. S. K. herauskam, hatte der Hauptvorstand ähnliche Maßnahmen erwogen. Er wollte solche aber nicht vornehmen, ohne die Bezirksleiter zu befragen. Diese waren bis auf zwei gegen eine allgemeine Annahme.

Als dann der Deutsche Bauarbeiterverband seine Agitationsmaßnahmen bekannt gegeben hatte, wurden die Bezirksleiter ermutigt und auch die Mitglieder des Verbandes schafften um ihre Meinung befragt. Fast die Hälfte blieb beim verneinenden Standpunkte oder wollte nur für ganz bestimmte Fälle durch die Bezirksleitungen Annahme gewährt lassen. Die Gegner der Annahme führten Gründe an, die man nicht leicht abtun kann. Sie sagten, es sei eine Zurücksetzung und Schädigung der Mitglieder, die in der schwersten Zeit trenn zum Verbande standen, wenn man den Ausreißern, von denen viele sich wirtschaftlich besser stellen als die Treugebliebenen, Annahme gewährt. Es sei schon mehrmals Annahme gewährt worden, ohne gute Erfahrungen. Es würde demoralisierend auf den gewerkschaftlichen Geist, wenn man den Ausreißern durch die Annahme geradezu eine Prämie gäbe. Infolge dieser warnenden Stimmen hat der Hauptvorstand von der Annahmeförderung Abstand genommen. Es ist möglich, daß wir im anderen Falle einige Tausend Mitglieder mehr hätten gewinnen können. Wer garantiert aber dafür, daß die so Gewonnenen bei der nächsten Gelegenheit nicht wieder davonlaufen. Es ist sicher, daß die Organisation nicht als Spielerei oder als Laubentwurf angesehen werden. Beteiligt stände es um die deutsche Gewerkschaftsbewegung brüht, wenn sie bei

der Mitgliederaufnahme exklusiver vorgehe. (Sehr richtig!)

Die Kassenverhältnisse des Verbandes sind nach Lage der Umstände zufriedenstellend. Nachdem die Erwerbslosenunterstützung wieder in Kraft ist, bekommen wir wieder einen Einblick in die Beitragsleistungen. Da muß leider gesagt werden, daß es an manchen Stellen noch nicht ganz stimmt in bezug auf Beitragsmoral. Daß stößt man auf zu niedrige Beiträge, bald auf ganz wenige Beitragsmarken im Jahr. Auf Einzelheiten will ich hier nicht eingehen, das kann, wenn es gewünscht wird, Kollege Thorad besorgen. Ich appelliere aber an alle Mitglieder und Verbandsfunktionäre, für pünktliche Beitragszahlung zu sorgen. Nur, wenn jeder Kollege voll seiner Pflicht genügt, werden wir zu einer allen Stürmen gewachsenen Verbandskasse kommen.

Ueber den Stand der Tarifbewegung werden wir unter einem besonderen Punkte verhandeln.

Zur Lage des Baugewerbes möchte ich noch darauf hinweisen, daß sich allmählich eine Entwicklung zum Großbetriebe anbahnt. Der Eisenbahnbau birgt noch große Entwicklungsmöglichkeiten in sich und führt zu großen Gesellschaftsbildungen. Eine ganze Reihe Baugesellschaften, die mit erheblichen Kapitalsummen arbeiten, sind in den letzten Jahren entstanden. Einige große Baugesellschaften sind mit großen Industriekonzernen oder Banken liiert oder von solchen gegründet und überwacht. Bei den Tarifvertrags- und Lohnerhandlungen mußten wir die Wahrnehmung machen, daß die Vertreter der baugewerblichen Großunternehmungen ähnlich eingestellt sind wie ihre Vettern in der Großindustrie und im Bergbau. Jedenfalls haben wir alle Veranlassung, dieser Entwicklung unser besonderes Augenmerk zuzuwenden.



### Pfingstgebet

Dich, Geist der Wahrheit, Geist der Kraft,  
Dich, Hort der Christenritterschaft,  
Der alle Blöden trösten kann,  
Dich, starker Tröster, auf ich an.

Sprich mir das Wort der Liebe zu,  
Den rechten Weg verstehst nur du,  
Das rechte Wort, den rechten Klang  
Des Glaubens Hoffnung und Empfang.

O Geist der Liebe, Geist des Herrn!  
O Himmelslicht und Gnadenstern!  
Geh auf in mir mit deinem Schrein:  
So kann ich wieder fröhlich sein.

E. M. Arndt.



Wenn auch die Baukonjunktur keine sehr gute zu werden verspricht, so können wir nach Lage der Dinge doch hoffen, daß alle Bauarbeiter in ihrem Berufe Beschäftigung finden werden. Im größten Freistaat, in Preußen, ist die Mietzinssteuer für Zwecke des Wohnungsbaues ab April 1925 um 1 Proz. auf 14 Proz. der Friedensmiete erhöht worden. In den anderen Ländern liegen die Verhältnisse recht verschiedenartig.

Jedenfalls müssen wir verlangen, daß die Mittel, die aus der Wohnungswirtschaft (Mietzinssteuer) fließen, in vollem Umfange zum Wohnungsbau verwendet werden, wenigstens solange, wie ein Wohnungsmangel besteht.

Wir christlichen Bauarbeiter wollen durch intensive Arbeit alles tun, was möglich ist, um den Wohnungsbau so billig wie möglich zu gestalten. Wir haben durch unsere Tätigkeit eines der drei Hauptbedürfnisse der Menschen, das Wohnungsbedürfnis, zu befriedigen. Dieser unserer Aufgabe, an dem Gemeinwohl zu arbeiten, wollen wir uns stets bewußt sein und durch unseren Verband die Berufsstreue und Arbeitsfreude wecken und fördern. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht des Verbandsausschusses erstattete P. Tri-Lortmund: Da der Kollege Sommer als Vorsitzender des Ausschusses verhindert ist, an der Generalversammlung teilzunehmen und der 2. Vorsitzende, Kollege Hänschen, abreisen mußte, habe ich den Auftrag bekommen, der Generalversammlung Bericht zu erstatten. In der Berichtszeit standen wir vor außerordentlich schweren Aufgaben, wie sie kaum je im Geschäftsbericht des Vorstandes niedergelegt sind. Infolge der Inflation und langen Arbeitslosigkeit im Jahre 1923/24 standen wir vor dem Zusammenbruch. Wenn der Hauptvorstand und Verbandsausschuß nicht vorübergehend die Unterstützung außer Kraft gesetzt hätten, hätte die Unterstützung doch nicht ausgezahlt werden können, weil kein Geld mehr vorhanden war. Auch die Erhöhung der Beiträge war zur Erhaltung des Verbandes notwendig, sonst hätten die Interessen der Kollegen nicht in der Weise vertreten werden können, wie es im vergangenen Jahre geschehen ist. Es haben sieben Sitzungen des Ausschusses mit dem Hauptvorstand und sechs Kasserevisionen stattgefunden. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Die Kasse ist jedesmal in bester Ordnung gefunden worden, wofür ich an dieser Stelle dem Kollegen Jacobi meinen Dank ausspreche. Der Verbandsausschuß hat u. a. die Aufgabe, die Beiträge zu prüfen; in diesem Punkte hat er nicht in Tätigkeit zu treten brauchen, ein Beweis, daß Vorstand, Angehörte und Mitglieder im besten Einvernehmen gearbeitet haben. Ich bitte, dem Kassierer die Entlastung zu erteilen. Die Delegierten möchte ich bitten, den Mitgliedern mitzuteilen, daß Vorstand und Ausschuß durch die erwähnten Maßnahmen nur ihre Pflicht dem Verbande gegenüber getan haben.

Den Bericht der Schriftleitung erstattete Jacobi-Berlin. In den Tagen, da die Generalver-

sammlung in Karlsruhe versammelt sei, könne das Verbandsorgan sein Silberjubiläum begeben. Am 13. Mai 1900 erschien zum ersten Male „Die Baugewerkschaft“, Organ des Verbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe Deutschlands“. Hauptberichterin und Vorstandsmitglied sei die „Baugewerkschaft“ in den verflochtenen 25 Jahren den christlichen Bauarbeitern gewesen. Das wollte sie auch fürderhin sein. Redner gedenkt der früheren Redakteure unierer Verbandszeitung, der Kollegen Wiedeburg, Becker und Göbhardt, denen er warme Worte des Dankes widmet. Das Mandat des bereits im Jahre 1907 verstorbenen Kollegen Göbhardt erbt die Generalversammlung durch Erheben von den Pfälzern. Nach der sachlichen Seite sei dem schriftlichen Bericht wenig hinzuzufügen. Notwendig sei vor allem eine bessere Berichterstattung aus dem Lande. Leben und Weben im Verbands, sowie die wichtigeren Vorgänge auf tariflichem und gewerblichem Gebiet müßten sich im Verbandsorgan widerspiegeln. Dieser Zweck würde am besten durch gute Situationsberichte erreicht. Dann müsse unbedingt gefordert werden, daß über Lohnbewegungen, überhaupt über Vorgänge auf tariflichem Gebiet, wieder aus allen Bezirken berichtet wird, was heute nicht der Fall sei.

Die

### Aussprache

eröffnet

Jacobi-Berlin. Wenn wir die Verhältnisse, wie sie für unseren Beruf während und nach dem Kriege lagen, gerecht würdigen, dann können wir mit dem heutigen Stand des Verbandes zufrieden sein. Wir hatten aus der Inflation noch 24000 Goldmark gerettet. Gegenwärtig beträgt das Hauptkassenvermögen wieder 215000 Mark in bar und 200000 Mark Wert des Verbandskauses, sind 415000 Mark. Berücksichtigt man, daß im vorigen Jahr fast 200000 Mark an Kampfunterstützung ausgegeben wurden, dann darf die finanzielle Entwicklung des Verbandes befriedigen.

Im vorigen Jahr ist der Kampf um die Beitragshöhe durchgeschritten worden. Es ist immer ein schwieriger Punkt, wenn die Mitglieder mehr zahlen sollen, und es vergeht erfahrungsgemäß stets eine geraume Weile, bis sich die Wogen wieder geglättet haben. Diesmal war der Uebergang besonders schwierig, weil es ein Dogma zu überwinden galt. Tatsächlich war der Grundsatz der Vorkriegszeit: „Ein Stundenlohn ist Wochenbeitrag“ in ein starres Dogma ausgeartet. Was aber in einer gegebenen Zeit richtig war, braucht nicht für alle Zeit richtig zu sein. Ich habe mich deshalb auch immer dagegen gewendet, daß solche Dogmen aufgestellt werden. Grundsatz muß vielmehr sein: Die Organisation muß die Mittel haben zur Erfüllung ihrer Pflichten. Aendern sich die Zeiten, dann muß eben auch hier eine Aenderung eintreten.

Wenn ich mir die Anträge an die Generalversammlung ansehe, so entsprechen sie der Tendenz: Herabsetzung der Beiträge, Erhöhung der Unterstützungen. Das ist auch früher so gewesen; aber die bessere Einsicht hat am Ende doch immer gesiegt. Wir haben jetzt die Unterstützungen wieder eingeführt. Wir haben im Jahre 1919 noch etwas Besonderes getan: Wir haben die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Diese ist sogar auf den Winter ausgedehnt, und dieser Punkt macht mir viel Sorgen. Wir haben die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, unsere Kollegen auf diesen Punkt hinzuweisen, wenn sie jetzt meinen, mit niedrigeren Beiträgen auskommen zu können. Wenn wir flauere Konjunkturen und lange, strenge Winter bekommen, ähnlich wie im vorigen Jahr, wo unsere Kollegen 14, 15, 16 Wochen durch Frost an der Arbeit verhindert waren, und wenn wir unseren Mitgliedern auch in solchen Zeiten gerecht werden wollen, so kann ich es nicht unterlassen, heute schon auszusprechen, daß das mit den augenblicklichen Beiträgen nicht möglich ist. Das muß frühzeitig gesagt werden, um Enttäuschungen, die dann unvermeidlich wären, vorzubeugen. Wir haben im vorigen Jahre je Kopf 39,44 Marken aufgebracht; davon sind 29,63 Beitragsmarken gewesen, das übrige waren beitragsfreie Marken. Die heutigen Unterstützungsätze besagen ungefähr, daß wir rein an Unterstützung nach den jetzt bestehenden Verhältnissen einen Durchschnittssatz von mindestens 1 Mk. je Tag und Kopf herausbekommen. Wenn wir also annehmen, daß der Beitrag 1 Mk. ist, bedeutet das vorjährige Beitragsaufkommen bei Arbeitslosigkeit eine Unterstützung für 29,63 Tage. Diese Unterstützungsdauer kann im Baugewerbe leicht eintreten, allein schon durch den Winter. Wo bleiben dann die anderen Verbandsbedürfnisse? Ich halte es für meine Pflicht als Hauptkassierer, Ihnen zu sagen, daß gar nicht daran zu denken ist, von den Beiträgen auch nur ein Jota abzustreichen; denn es wäre ganz pflichtvergessen. Wir müssen daran festhalten, daß wir eine Kampforganisation sind und bleiben, und nicht zu einem Unterstützungsverein herabsinken. (Sehr richtig!)

Redner schließt mit Worten des Dankes an unsere 300 Verwaltungsstellenkassierer, über 1100 Ortsgruppenkassierer und mehr als 7000 mühselig von Haus zu Haus die Beiträge einsammelnden Hauskassierer. (Bravo!) Ohne die treue Pflichterfüllung unten ist es einer Zentralstelle ganz unmöglich, die Kassenverwaltung einer Organisation in Ordnung zu halten. An den Dank knüpfte ich die Bitte, daß sie auch für die Zukunft treu aufhalten mögen, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation auf der Höhe zu halten.

Jambrodt-Hannover gedenkt zunächst der verstorbenen Angehörten und ehrenamtlichen Vertrauensmänner des Verbandes. Mancher gute, treue Mitarbeiter, der jahrelang im unermüdblichen Kampfe für den Verband gearbeitet hat, ist nicht mehr unter uns. Auch diesen sind wir zu Dank verpflichtet. Der beste Dank ist der, daß wir im Sinne der Verstorbenen weiter arbeiten am Ausbau des Verbandes.

Vor einem Jahre standen wir in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor einem Trümmerhaufen. Inflation und Arbeitslosigkeit hatten auch unseren Verband erheblich geschwächt. Erst im April 1924 konnten wir ernstlich an den Neuaufbau denken. Wenn das richtig ge-

würdigt wird, muß man die seitherige Entwicklung als gut bezeichnen.

Ganz besonders müssen die Erfolge auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und der dem Verbandsaufgezwungenen Ausperrungen im Jahre 1924 gewürdigt werden. Raum ein Jahr in der Geschichte des Verbandes hat unter so schwierigen Verhältnissen solche Erfolge zu verzeichnen.

Die Unternehmer wollen nicht nur den Achtstundentag nehmen, sie wollen uns auch nicht nur hindern, unsere Löhne zu verbessern, sie wollen uns vielmehr hindern, eine schlagfertige Organisation zur Interessenvertretung unserer Mitglieder zu werden.

Es liegt kein Grund vor, pessimistisch der Zukunft entgegenzusehen. Die Entwicklung geht vorwärts.

Der Jugendbewegung im Verbaude muß allgemein ein größeres Interesse gewidmet werden.

Ein guter, opfer- und arbeitsfreudiger Stab von Vertrauensmännern muß wieder herangebildet werden, ohne diese ist ein Vorwärtkommen unmöglich.

Das Vertrauen zur Bewegung muß zurückgewonnen werden. Das gilt auch in großen Fragen für die Führung im Gesamtverband und im Deutschen Gewerkschaftsbund. Da ist im Laufe der Jahre manches geschehen, das nicht verstanden wird und nicht dazu angetan ist, das Vertrauen zur Gesamtbewegung zu heben.

Wir sollen und müssen in erster Linie eine wirtschaftliche Interessenvertretung unserer Berufscollegen sein. Man soll sich nicht durch Schlagworte, insbesondere aus Kreisen, die damit gegen die Arbeiterschaft Stimmung machen wollen, täuschen lassen. So gibt man die Parole: „Gegen den Marxismus!“ aus, und meint die ganze Arbeiterschaft. Von der sozialistischen Arbeiterschaft trennt uns eine ganze Weltanschauung, aber wo es gilt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, können und wollen wir ein gutes Stück Weges zusammengehen.

Am der Zeitung „Der Deutsche“ übt der Redner Kritik. Diese sei nicht das geworden, was sie sein sollte.

Bismarck-Jubelbüren fordert Stärkung des Berufsbewußtseins und Berufsstolzes, vor allem durch Hebung des Gesellenstandes. Die sachliche Unterweisung der Lehrlinge durch die Gesellen sei unbedingt notwendig. Redner verwirft das Umschulungsverfahren. Es sei zuviel Mißbrauch damit getrieben worden und habe dem Ansehen des Gesellenstandes sehr geschadet. Auch die Fokiere würden vielfach nicht in der Weise von den Unternehmern gewürdigt, wie das ihre Stellung und Verantwortung erfordere. Der Berufsstolz sei als beste Grundlage für die Organisationsfreudigkeit in jeder Hinsicht zu fördern.

Schneefuß-Berlin: Das alte Feuer der Begeisterung das unsere Kollegen vor 20 bis 25 Jahren entflammte, muß wieder in unserer Mitgliedschaft angezündet werden. Unsere Kollegen, ob alt oder jung, scheuten damals kein Opfer, um unseren Verband zu einem Machtfaktor zu machen und ihn so bei Freund und Feind Geltung zu verschaffen. Unsere jungen Kollegen von heute müssen sich wie zu jener Zeit mit Mut und Begeisterung für den Verband einsetzen und nicht glauben, die Agitation für den Verband obliege nur den Verbandsangestellten. In den ersten Jahren der Verbandstätigkeit sei die allermeiste Organisationsarbeit von in Arbeit stehenden Kollegen gemacht worden. Kehre dieser alte Geist wieder, so wird auch unser christlicher Bauarbeiterverband in den nächsten Jahren seine Mitgliederzahl verdoppeln, seine Kassen stärken und brauche dann um die Zukunft nicht zu bangen.

Das Bild unserer Generalversammlung wäre nicht vollständig, wenn wir nicht den von unserem Verbaude gegründeten Bauproduktivgenossenschaften Erwähnung tun würden. Die Bauproduktivgenossenschaften haben dem Verbaude sehr viel zu verdanken, und es dürfte wohl keinen Geschäftsführer geben, der dieses nicht anerkennt. Ohne christlichen Bauarbeiterverband keine Bauproduktivgenossenschaften. Dieser Satz ist heute noch ebenso wahr wie vor drei oder vier Jahren. Ein gutes Verhältnis zwischen dem Verband und den Genossenschaften müsse unter allen Umständen auch das Ziel für die Zukunft sein. Unsere Bauproduktivgenossenschaften sind gewachsen und können auf ihre Erfolge stolz sein. Es wurden von ihnen in den letzten drei Jahren etwa 3500 Wohnungen, 209 öffentliche und 72 Industriebauten ausgeführt. Das große Ansehen, das unsere Produktivgenossenschaften bei privaten, staatlichen und kommunalen Bauherrn genießen, zeigt, wie notwendig in unserer heutigen Zeit die Bauproduktivgenossenschaften sind. Der Reichsverband deutscher Bauproduktivgenossenschaften überbringt dem christlichen Bauarbeiterverband zu seinem 13. Verbandstag und zugleich 25jährigen Jubiläum die herzlichsten Grüße und Glückwünsche. Möge der Geist, der von dieser Jubeltagung ausgeht, dem christlichen Bauarbeiterverband neuen Aufstieg in der Mitgliederzahl und im Kassenwesen bringen, damit er zu jeder Zeit die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen Bauarbeiterchaft wahrnehmen kann. In diesem Sinne mit Mut und Begeisterung an die Arbeit im zweiten Vierteljahrhundert des christlichen Bauarbeiterverbandes!

Schleicher-Frankfurt a. M.: Wir haben durch unsere Vertrauensseligkeit die Reaktion gestärkt, weil wir die anderen für ebenso ehrlich hielten, als wir selbst waren. Die Volksgemeinschaft haben wir gefordert, noch nicht einmal die Arbeitsgemeinschaft haben wir erreicht. Wohl waren die Träger unserer Wirtschaft in der Revolutionszeit bereit, in diesen Gemeinschaften mitzuarbeiten, aber die Gleichberechtigung hat man uns doch nur in den Zeiten der Not zugestanden, mit dem Hintergedanken, uns dieselbe bei der ersten besten Gelegenheit wieder abzunehmen.

Dieselbe Einstellung finden wir gegenüber dem Achtstundentag. Auch die Unternehmer des Baugewerbes versuchen mit allen Mitteln, den Achtstundentag wieder zu Fall zu bringen. Wenn ihnen dieses nicht gelang, so bewegen, weil die Bauarbeiter auch mit fast leeren Kassen zu kämpfen verstanden.

Den Bauarbeitern des Ruhrgebietes muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie sich endlich aufrufen und den Weg zur Organisation zurückfinden müssen. Da-

Um 30. Mai 1925 ist der zweiundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

mit den reaktionären Bestrebungen der dortigen Unternehmer endlich die Spitze abgebrochen wird.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot müssen wir bestimmte Forderungen aufstellen. Die Hauszinssteuerhypotheken müssen erhöht, der Zinsfuß verbilligt werden, sonst wird es vorkommen, daß trotz der ungeheuren Wohnungsnot neue Wohnungen leer stehen, weil die Mieten dafür nicht aufzubringen sind.

Otte (Gesamtverband): Eine sachliche Kritik dient zur Klärung und damit der Sache. Das möchte ich auch im Hinblick auf die Kritik an der Einstellung der Gesamtbewegung sagen. Wenn gesagt wurde, die Gesamtbewegung sei allzu vertrauensselig in bezug auf das Wollen der Arbeitgeber gewesen und hätte zu viel von der Arbeitgemeinschaft erwartet, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß diese Gemeinschaftsarbeit, besonders in den Revolutionsjahren, Schlimmeres verhütet hat und infolgedessen nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch uns genützt hat. Ganz einig bin ich mit den Vorrednern in den Gedanken, daß wir Arbeiterinteressen zu vertreten haben, bitte aber zu bedenken, daß im allgemeinen Zusammenbruch Ende 1923 ein großes Einlenken — um Schlimmeres zu verhüten — notwendig war.

Die Einhaltung der parteipolitischen Neutralität gilt für alle Teile der Bewegung. Die Verbindung der Bewegung mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien erhöht die Stoßkraft der Bewegung und bedeutet eine Stärke; diese Stärke wird aber zur Schwäche, wenn den politischen Fragen ein stärkeres Interesse zugewandt wird, wie den gewerkschaftlichen. Fehler sind haben und drüber gemacht worden. Was die Kritik an der Tageszeitung „Der Deutsche“ angeht, so müssen wir uns damit abfinden, daß die politische Linie im „Deutschen“ nur schwer eine allen Mitgliedern in gleichem Maße zugängliche sein kann. Das wird immer ein schwacher Punkt bleiben, der nur durch weitgehende Zurückhaltung auf beiden Seiten überwunden werden kann. Andererseits kann uns aber der „Deutsche“ große Dienste leisten im Hinblick auf die Wahrnehmung unserer Interessen, wobei ich nur an die Steuerfragen, die Sozial- und Wirtschaftspolitik erinnern will. Auch die von allen gewünschte Förderung des Wohnungswesens, die sich die Gesamtbewegung durchaus zu eigen macht, kann durch den „Deutschen“ verstärkten Nachdruck bekommen.

Alles in allem genommen ist Pessimismus nicht am Platze. Gegenüber früher sind wir erheblich weiter gekommen. Das verkennen, hieße unsere eigene gewerkschaftliche Arbeit verkleinern. Wir sind eine christliche Gewerkschaftsbewegung. Diese Tatsache hindert uns keineswegs an der entschiedenen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, jedoch sind unsere Endziele dem Sozialismus entgegengesetzt. Dessen müssen wir uns bewußt bleiben.

Gahmeier-München: Am Jubeltag des Verbandes sei erinnert an die vorkriegszeitliche, ungerechte Gesetzgebung, die zu Gefängnis- und Geldstrafen für viele Kollegen führte; daß Unterdrückungswillkür der Unternehmer uns harte Maßregelungsopfer auferlegte. Erfreulich ist, daß trotz der durch die Inflation geschaffenen Verhältnisse das Vertrauen zwischen Mitgliedern und Führung geblieben ist. Das Ausscheiden der Inflationsmitglieder bedeute keinen Beweis gegen das Vertrauen zum Verband. Die Hebung der Beitragsmoral in Stückzahl und Werthöhe muß durch Schärfung der religiös vertieften Pflichtauffassung von der Verbandsnotwendigkeit erreicht werden. Angesichts der immer noch unsicheren Wirtschaftsverhältnisse muß von der Generalversammlung dem Verbandsvorstand und -Ausschuß ein Votum für den Bedarfsfall eingeräumt werden. Die „Baugewerkschaft“ muß durch ihren Inhalt das Spiegelbild des inneren Verbandslebens sein. Im Gesamtverband darf bei der Behandlung der sozialpolitischen Probleme nicht durch ein Jubel an theoretischen Erörterungen die Gefahr einer Verwirrung übersehen werden. Als Blatt des D. G. B. muß „Der Deutsche“ strengste parteipolitische Neutralität wahren und auch die Nabelschneidung der Lieberkräften, Ausruhmungs- und Fragezeichen unterlassen. Der gewerkschaftliche Teil muß aktiver gestaltet werden. Unser Zukunftsmotto sei: Ich glaube an die Zukunft des Arbeiterstandes.

Wt-Münsterberg: Als junger Mensch muß ich für die Jugend eine Lanze brechen und den Sammelaufruf „moralisch verkommen“ zurückweisen. Die meisten sehen nur die Auswüchse eines Teils der großstädtischen Jugend, aber nicht die Jugend, die sich im Sumpf rein hält.

Diese Jugend steckt in der Jugendbewegung und arbeitet und wirkt im stillen. Nur manchmal kommt eine Notiz in die Zeitung, die kurz von irgendeinem Bunde spricht. Überall werden Burgen von der Jugend aufgesauft und aus eigenen Mitteln unterhalten. Idealismus, Opfermut und der Wille, den Lebensweg zu gehen, der ihr gesetzt ist, zeigen sich in hohem Maße in der Jugendbewegung.

Auch wir in unserem Verbaude müssen eine Jugendbewegung aufbauen. Hier darf es kein Fögern mehr geben. Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, eine Jugendabteilung zu errichten. Diese Jugendgruppen werden in der Verwaltungsstelle zusammengefaßt, und diese wieder im Verband zu einer gewissen Jugendorganisation.

Vor allen Dingen ist es notwendig, eine eigene Jugendzeitschrift herauszugeben oder die jetzt erscheinende „Gewerkschaftsjugend“ auszubauen. Gerade die Zeitschrift ist eine Notwendigkeit für den Zusammenhalt unserer Jungens. Die Verbandsbeamten sind mit Arbeit überlastet, so daß sie sich nicht mit ganzer Kraft der Jugend widmen können. Hierfür müssen Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis gewonnen werden. Denn in der Jugendbewegung muß sehr gründlich gearbeitet werden, wenn

wir in der Zukunft in der großen Bewegung Boden behaupten wollen.

Müller-Münster: Betrachten wir den Hagelsturm, der 1923/24 über den Verband gebrannt ist, und daß der Verband zum dritten Male hat aufgebaut werden müssen, so ist der jetzige Stand des Verbandes befriedigend und berechtigt zu guten Hoffnungen.

Der Förderung der Kapitalbildung oben, in den Unternehmungen, stellen wir die Forderung entgegen, daß auch eine Kapitalbildung unten, bei der Arbeiterschaft, möglich sein muß. Wir haben ein Recht, solche Löhne zu verlangen, daß wir in den Stand gesetzt werden, nicht nur die Tagesausgaben zu bestreiten, sondern auch für Krankheits- und Unglücksfälle in der Familie und für das Alter einen Sparpfennig zurückzulegen. Um diese Kapitalbildung für die Arbeiter zu erreichen und dadurch den Innenmarkt kaufkräftig zu gestalten, muß der Verband so kampffähig gemacht werden, daß er solche Löhne auch gegen den Willen der Scharfmacher in der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Großeisenindustrie durchsetzen kann.

Im Punkte des Wohnungsbaues müssen wir uns mit aller Energie der Förderung des Baues von Ein- bis Zweifamilienhäusern annehmen und den Kampf gegen die Mietskasernen, wie sie die Bodenspekulanten und Häuserhändler wollen, führen.

Um das Vertrauen zur Organisation weiter zu stärken, müssen alle Kollegen, die als Führer in der Bewegung tätig sind, ob als Vorsitzende in den Ortsgruppen oder als Angestellte, sich einer maßvollen Lebensführung und treuen Hingabe an die Verbandsarbeit befleißigen. Dann können sie auch mit um so größerem Recht Mitarbeit von den Kollegen verlangen.

Bezüglich der Schreibweise in der „Baugewerkschaft“ muß Grundfaß sein, daß alle Fragen in kurzen Aufsätzen behandelt werden und nicht in ermüdenden, langen Artikeln. Dann werden sie gelesen und dienen der Bewegung.

Wir wollen und müssen mit allen Mitteln den Verband wieder zu der durchschlagenden Kampforganisation machen, die sie früher war, und dazu gehört unter allen Umständen die Beibehaltung der jetzigen Beitragshöhe.

Papst-Allenstein erörtert das Problem der Arbeitslosenfürsorge und fordert die Generalversammlung und den Gesamtverband auf, mit großem Nachdruck das Arbeitslosenversicherungsgesetz von den Reichsbehörden zu fordern. In der Frage der Hauszinssteuer solle darauf hingearbeitet werden, daß das Auskommen dieser Steuer nur dem Wohnungsbau zugeführt und nicht für andere Zwecke verwendet wird.

Für die Deutsche Volksbank bringt Kollege Schmitz-Essen das lebhafteste Interesse an den Beratungen des Verbandstages wie auch an den sonstigen Arbeiten des Verbandes zum Ausdruck und übermittelt die besten Grüße und Wünsche. Die Deutsche Volksbank als eines der jüngsten Unternehmen der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung verfolgt mit Eifer und Teilnahme alle Vorgänge in der Bewegung. Gute Entwicklung und Fortschritte in der Gewerkschaftsbewegung bedeuten Erweiterung des Betätigungsfeldes der Deutschen Volksbank. Auch deshalb sorgsamste Anteilnahme an den Arbeiten der Verbände. Mit dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter ist die Deutsche Volksbank gemeinsam tätig in der so bedeutsamen Bauproduktivgenossenschaftsbewegung. Diese gemeinsame Betätigung auch weiter zu fördern und fruchtbar zu machen, muß als besonders dringliche Aufgabe bezeichnet werden. Die Steigerung des Goldmarktparverkehrs bei der Deutschen Volksbank wird dazu führen, daß in umfangreichem Maße als bisher zusammengearbeitet werden kann. Die hier gestellten gemeinsamen Aufgaben bedingen daher auch Förderung der Bestrebungen der Deutschen Volksbank. Begründet durch Beschluß des Essener Gewerkschaftskongresses, sind der Deutschen Volksbank durch die Kölner Jubiläumstagung neben der organisierten Arbeits- und organisierten Konsumkraft bedeutende Aufgaben zugewiesen. Redner richtet an die Delegierten des Verbandstages die Bitte, nach Hause zurückgekehrt, an der Durchführung dieser Beschlüsse der Gesamtbewegung dadurch mitzuarbeiten, daß in allen Orten des Reiches Annahmestellen für den Sparverlehr der Deutschen Volksbank errichtet werden. Zuverlässige Kollegen müssen mit der Leitung dieser Annahmestellen betraut werden, sie müssen den Verkehr zwischen den Sparern und der Deutschen Volksbank vermitteln.

Gräf-Frankfurt am Main: Von sämtlichen Kollegen wird der Wunsch ausgesprochen, daß alle Kraft aufgegeben werden muß, um die alte Mitgliederzahl wieder zu erreichen. Um dieses Ziel schnell zu erreichen, wäre es doch gut gewesen, wenn Hauptvorstand und Ausschuß den ausgeschiedenen Mitgliedern Amnestie gewährt hätten. Dringend notwendig ist, daß wir die Winteragitation jedes Jahr durchführen. Auch möchte ich dem Hauptvorstand empfehlen, dahin zu wirken, daß die Löhne der Notstandsarbeiter anders geregelt werden, nicht, wie es heute in manchen Orten geschieht, daß Arbeiter mit 16 Mark Wochenlohn nach Hause gehen müssen.

Schlüter-Berlin weist auf die Notwendigkeit einer verstärkten Jugendarbeit im Verbaude hin. Der Dortmunder Verbandstag vom Jahre 1923 habe Richtlinien für die praktische Gestaltung unserer Jugendarbeit beschlossen, leider sei in ihrer Durchführung allzu wenig geschehen. Wenn man schon zugeben wolle, daß die hochgehende Inflation und dann die Wirkungen der Stabilisierungskrise solcher Jugendarbeit nicht förderlich waren, so beständen doch diese Hemmnisse heute nicht mehr. Zweifellos würden wir weiter sein mit dem Aufbau unserer Jugendorganisation, wenn überall im Verbaude die rechte Einstellung zu dieser Aufgabe vorhanden wäre, was leider nicht einmal von allen Verbandsangehörigen gesagt werden könne. Wir müßten endlich davon loskommen, die Jugendfrage einseitig als Nachwuchsfrage, d. h. vom verbandsegoistischen Standpunkte, zu betrachten; sie sei nicht minder eine Angelegenheit der Jugend selbst. Die Jugend habe nun einmal ihre eigene Vorklamor- und Gedankenwelt, teilweise sogar ihre eigenen

Interessen. Nur eine Jugendarbeit, die der Jugend das Gefühl gibt, daß sie um ihrer selbst willen geschieht, und die darum auf die seelische Eigenart der Jugend gut abgestimmt sein muß, würde den Erfolg bringen, den wir von ihr erwarten. Redner schlägt dem Verbandsstag vor, die Zeitfrage und Richtlinien des Dortmunder Verbandstages zur Jugendfrage durch Beschluß ausdrücklich zu erneuern und dann aber auch mit aller Kraft an ihrer Verwirklichung zu arbeiten.

**Schroer-Krefeld:** Die Schulung der Jugendlichen für die Gewerkschaftsbewegung ist unbedingt notwendig und muß sofort mit aller Kraft aufgenommen werden. — Die Haltung des „Deutschen“ während des letzten Wahlkampfes hat im rheinisch-westfälischen Gebiet wie eine plötzliche Bombe gewirkt, und die Erregung in diesem Gebiet ist wohl begreiflich. — Es ist unbedingt erforderlich, die Finanzkraft des Verbandes so zu stärken, daß wir die erforderlichen Löhne uns notfalls erkämpfen können. — Daß es auch heute noch möglich ist, Spargelder aufzubringen, beweisen die Berliner Spartassen, deren Einlagen im Monat März von 26 auf 31 Millionen gestiegen sind. Da diese Spargelder in der öffentlichen Spartassen der privat-kapitalistischen Wirtschaft in Form von Krediten zugänglich gemacht werden, muß dahin gewirkt werden, daß keine Spargelder von Gehalts- und Lohnempfängern einer öffentlichen Spartasse überwiesen, sondern reißlos der Deutschen Volkshilfe, den Bauproduktiv- und Konsumgenossenschaften zugeführt werden, damit diese Gelder wieder in unseren eigenen Unternehmungen zum Wohle des Volksganzen Verwendung finden. — Die Mietzinssteuer ist eine ungerechte Steuer, da sie die ärmsten Volksgenossen am meisten belastet; besonders die Verwendung derselben muß den schärfsten Protest hervorrufen. Wir müssen verlangen, daß diese Gelder reißlos zum Neubau von Wohnungen, zur Verringerung der Wohnungsnot, bereitgestellt werden. Die größte Erbitterung ruft hervor, daß die Landwirtschaft von der Mietzinssteuer befreit ist. Diese Landwirtschaft, die bei Aufhebung der Zwangsbesitzhaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse um die Unterstützung der Arbeiter gebettelt hat. Ich bitte den Verbandsvorstand, mit allem Nachdruck bei den maßgebenden Instanzen auf Forderung dieses unerwäglichen Zustandes zu dringen.

**Gottschalk-Breslau:** Bei unserer Jubelfeier und der Rückschau auf die vergangene Zeit muß auch der schlesischen Bauarbeiterverband gedacht werden, die ebenfalls, wie die Kollegen an Rhein und Ruhr, in schwerer Zeit große Opfer für den deutschen Gedanken, für das deutsche Volk, gebracht hat. Die Erwerbslosenfürsorge hat viele Mängel, an deren Beseitigung gearbeitet werden muß. Die Notstandsarbeiten müssen, nachdem die Stabilisierung unserer Ernährung und Wirtschaft feststeht, bekämpft werden. Wir müssen für tarifliche Entlohnung dieser Arbeiten eintreten. Die große wirtschaftliche Verarmung breiter Volksteile schafft sittlichen Niedrigstand und religiöse Gleichgültigkeit; die Wohnungsnot verschärft diesen Zustand. Hier sind uns große Aufgaben gestellt. Die Gewinnung der Jugend für unsere Bewegung ist von dieser Frage stark abhängig. — Die Bauproduktivgenossenschaften haben uns in den einzelnen Orten große Schwierigkeiten gemacht. Wir sollten bis auf weiteres neue Unternehmungen nicht gründen. — Etwas zu unserer Tageszeitung „Der Deutsche“. Es muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß „Der Deutsche“ seine zweifelhafte einseitige politische Stellung aufgibt. Das Blatt ist infolge dieser Einstellung in unseren Kollegatenkreisen nicht so geachtet und geschätzt, wie wir dies für notwendig halten. Wir erziehen den Vertreter des Gesamtverbandes seinen Einfluß für Besserung geltend zu machen.

**Borgmeyer-Schneidemühl:** Im Laufe unserer heutigen Debatte haben alle Redner auf die große Begeisterung der Gründerjahre unseres Verbandes hingewiesen. Ich wünsche, diese Begeisterung möge auch heute uns hier versammelten und insbesondere alle unsere Mitglieder befeuern. Mit Begeisterung allein ist es aber nicht getan. Es muß damit auch der Opfermut der Gründerjahre für unsere gute Sache verbunden werden.

Es wird von Arbeitgeberseite und auch von Behörden und Regierungsstellen über Mangel an Facharbeitern im Baugewerbe geklagt. Diese Klage ist unberechtigt. Wir haben keinen Mangel an gelehrten Arbeitern im Baugewerbe. Mit dem Hinweis darauf den Wohnungsbau einschränken zu wollen, wäre ein Verbrechen am deutschen Volke.

Dem Vorklugsweisen muß unser Verband mehr denn je die allergrößte Aufmerksamkeit widmen und dahin streben, daß im kommenden Reichstatarifvertrag darauf Rücksicht genommen wird. Die Wohnungsnot in der Provinz Grenzmark hat geradezu verheerende Ausmaße angenommen und muß daher bekämpft werden, daß alle Gelder aus dem Hauszinssteuer-Aufkommen reißlos dem Siedlungs- und Wohnungsbau zugeführt werden. Eines ganz besonders müssen wir uns heute an unserer Generalversammlung geloben durchzuführen: Das ist die Erhaltung der Jugend. Der alte Spruch: „Der die Jugend hat, hat die Zukunft“, hat heute mehr als früher Bedeutung. Besonders aber erziehen wir uns aus unseren Jugendgruppen Führer für den Verband, damit, wenn uns ein, ob früh oder spät, die Fahne aus der Hand fällt, sie sie aufnehmen und weitertragen zum Segen unseres Verbandes und des gesamten Volkes.

**Armecke-Köln:** Der Rolf Sieberg hat heute morgen mitgeteilt, daß der Hauptvorstand die Annäherung der wegen Beitragsrückstände geschiedenen Mitglieder abgelehnt hat. Der Hauptvorstand mag von seinen Gesichtspunkten aus recht haben. Es ist aber so durchzuführen ist, ist eine andere Frage. Trotzdem ich auch nicht gerne diesen Vorschlag gewähren und am liebsten rücksichtslos jeden rücksichtslos Beitrag herbeiholen möchte, so ist doch zu überlegen, ob wir diese Leute alle den freien Gewerkschaften überlassen sollten. Auch ich bin für eine bessere Vorklugsweisung der Verwaltungsstellen an die „Baugewerkschaft“. Es ist sehr angenehm und nützlich, wenn man über Stand und Entwicklung unseres Verbandes in

anderen Landesteilen unterrichtet wird. Auch Berichte über Lohn- und Tarifverhandlungen können für die Gesamtheit der Mitglieder sehr wertvoll sein. — Es ist viel über die Behebung der Wohnungsnot geredet worden. Ein Vordränger wünscht nur den Flachbau bzw. das Ein- bis Zweifamilienhaus. So gut es gewiß ist, nur Ein- bis Zweifamilienhäuser zu bauen, so ist doch auch ein gut eingeteiltes Mehrfamilienhaus mit abgeschlossenen Etagen nicht zu verwerfen. Auch ich wohne in einem solchen Haus und finde die Wohnung ganz angenehm. Zu verurteilen ist nur die Mietkasernen mit Anbau von ein bis zwei Hinterhäusern, wo kein Licht und keine Sonne hinkommt. Will man nur den Flachbau allein pflegen, dann würde man die Arbeiter aus der nächsten Umgebung der Stadt ganz verdrängen, denn die Städte werden für den Flachbau nicht so leicht Baugelände zur Verfügung stellen. Wenn man aber heranwachsende Kinder hat, ist es doch wichtig für die Ausbildung derselben, in der Nähe der Stadt zu wohnen.

Vertrauen zur Bewegung, Vertrauen zu den Führern wurde viel gefordert. Ja, das ist ein wichtiges Thema. Sollen die Mitglieder Vertrauen zu den Führern haben, dann müssen die letzteren vor allem Vertrauen erweisen, Nächstenliebe üben und nicht nur von Nächstenliebe reden. Wir nennen uns christlich und unser ganzes Handeln sollte nach den Grundsätzen des Christentums aufgebaut sein. Dann wird auch Nächstenliebe, richtige Kollektalität und Volksgemeinschaft blühen. Von vielen Gewerkschaftsführern wird geklagt, daß sie mit Arbeit überhäuft seien. Dabei beklagen sie außer ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit noch sehr viel andere Ämter und sind froh, wenn sie noch ein Pöstchen hinzubekommen. Zu meiner größten Befriedigung kann ich feststellen, daß dies in meiner Verwaltungsstelle nicht der Fall ist.

Ein Wort zur Mietzinssteuer. Es ist eine ungerechte Steuer, weil die Rinderbemittelten und Rinderreichen davon am härtesten betroffen werden. Eine Ungerechtigkeit sondersgleich ist es, daß die Landwirtschaft zu dieser Steuer nicht herangezogen wird.

Der Rolf Sieberg teilte mit, der Schiedsspruch für Rheinland und Westfalen sei von den Arbeitgebern abgelehnt. Dabei ist es Tatsache, daß dort die Bauarbeiterlöhne weit unter denen der übrigen deutschen Großstädte liegen. Hier zeigt sich so recht der Einfluß des Bergbaues und der Großindustrie. Bei einer Lohnverhandlung ist von den Arbeitgebern erklärt worden, daß trotz der hohen Löhne in den anderen Großstädten im rheinisch-westfälischen Gebiet doch an den Lohntagen mehr Geld an die Arbeiter ausgezahlt würde. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Kollegen den Achtundentag mit Jüßen treten. Sie arbeiten 9, 10 und mehr Stunden und verdienen dadurch ihren Mitkollegen ein gesundes und geregelteres Arbeitsverhältnis. Ich bitte die Kollegen, dies zu beherzigen und in der Heimat auf die Abstellung dieser Mißstände zu dringen.

**Bowinckmann-Dortmund** nimmt zur Amnestiefrage Stellung. Er lehnt es ab, den Kollegen, die in der Zeit der Not dem Verbande den Rücken gekehrt haben, eine Vorklugsstellung einzuräumen und dadurch die Kollegen zurückzuführen, die in schwerer Zeit große Opfer für den Verband gebracht haben. Er nahm noch Stellung zur Jugendbewegung, Erwerbslosenfürsorge und Volksbank. Die dringendste Aufgabe sei jetzt, mit aller Kraft an der Stärkung der Organisation zu arbeiten.

**Olte (Gesamtverband):** Eine größere Anzahl von Delegierten hat auf die Dringlichkeit einer besseren Regelung der Erwerbslosenfürsorge hingewiesen und hierbei die Unterstützung der Gesamtbewegung gewünscht. Hinweisen darf ich auf die von der Gesamtbewegung auf der Kölner Vertretertagung gefasste Entschließung, die mit den hier zum Ausdruck gebrachten Wünschen übereinstimmt. Wir müssen alsbald dahin kommen, daß das jetzige Fürsorge System abgelöst wird durch einen bestimmten Anspruch auf Unterstützung, entsprechend den geleisteten Beiträgen. Einer möglichst guten Lösung dieser Frage stehen große Hemmnisse und Schwierigkeiten entgegen. Um so mehr müssen hier Gesamtbewegung und Berufsverbände zusammenarbeiten. Dasselbe gilt hinsichtlich einer anderen Gestaltung der Hauszinssteuer.

Was das Führerproblem angeht, so darf hier kein Gegensatz zwischen „oben und unten“ und umgekehrt bestehen. Die ganzen Verhältnisse in den letzten Jahren waren einer starken Belebung des Gemeinschaftsgefühls abträglich. Vieles wurde — wenn auch weniger in unserer Bewegung — Kritik am Mitmenschen geübt, ohne daß die Kritiker auch mal bei sich selber die Gewissensforschung anstellten. In unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung gilt in bezug auf das Verhältnis der Führer untereinander und Führer und Mitglieder das Wort: „Trene um Treue!“ Damit war die Rednerliste erschöpft. Nach einem kurzen Schlussworte des Kollegen Sieberg erfolgte die Abstimmung über die bereits in der vorigen Nummer mitgeteilten Entschließungen, die einstimmige Annahme ergab. Ebenso wurden die Anträge auf Erneuerung der Richtlinien zur Jugendarbeit bzw. auf Entlastung des Hauptvorstandes einstimmig angenommen.

### Einigung im Dachdeckergerwebe

Am 3. Mai fanden in Berlin zentrale Verhandlungen für das Dachdeckergerwebe statt. Nach langer, schwieriger Verhandlung ist es gelungen, in den Hauptstreitpunkten eine Formel zu finden, auf die beide Verhandlungsparteien sich gläubigen einigen zu können. Danach verbleibt es im wesentlichen bei dem alten Reichstatarifvertrag. Ihm wird eine protokollarische Erklärung angehängt, die folgenden besagt:

1. Der Anspruchsbehalt des § 4 des alten Tarifvertrages wird von beiden Parteien für den Abschluß des neuen Tarifvertrages unter der Bedingung zugestimmt, daß

die prozentualen Zuschläge nicht unter 6 Prozent betragen dürfen. Alle übrigen prozentualen Zuschläge bleiben bestehen.

Für die Abgrenzung der einzelnen Lohnzuschlagsgebiete bleiben die Grenzen bestehen, wie sie sich nach dem abgelassenen Tarif herausgebildet haben.

2. Jeder Arbeitnehmer, der während der Gültigkeitsdauer dieses Tarifvertrages bei ein und demselben Arbeitgeber ohne Unterbrechung 90 Tage in Arbeit gestanden hat (Krankheitsstage oder Tage, an denen wegen Arbeitsmangel oder schlechter Witterung ausgesetzt wurde, gelten nicht als Arbeitsunterbrechung), erhält einen Tag Urlaub, der ihm von seinem Arbeitgeber mit acht jeweils geltenden Tarifstundenlöhnen bezahlt wird. Durch gegenseitige Vereinbarung können bei ununterbrochenem Arbeitsverhältnis die so erworbenen Ferientage bis auf drei Tage angesammelt und zu einer gewünschten Jahreszeit vom Arbeitnehmer angetreten werden. Arbeitnehmer, die ohne schuldhaftes Verhalten entlassen werden, müssen den Urlaub vor Austritt aus dem letzten Lohnes und der Entlassungspapiere in Anspruch genommen haben. Bei Entlassung ohne schuldhaftes Verhalten gilt ausnahmsweise bei der ersten Periode von 90 Tagen der dafür fällige Urlaubstag schon nach 60-tägiger ununterbrochener Beschäftigung als erworben.

Jedwede gelbliche Entschädigung oder Abfindung mit der der Urlaub selbst oder ein vermeintliches Anrecht darauf zur Ablösung gebracht werden soll, ist ausgeschlossen.

Urlaubstage, die nicht unbedingt als Urlaub sondern für anderweitige bezahlte Arbeit ausgenutzt werden, werden nicht bezahlt.

Um schon für das laufende Jahr das Urlaubsverhältnis für im gleichen Betrieb schon länger beschäftigte Arbeitnehmer zur Auswirkung zu bringen, soll für solche Arbeitnehmer, die sich beim Inkrafttreten dieses Vertrages noch im gleichen Betriebe befinden, die vorgeschriebene Urlaubsverwehungsfrist schon vom 1. November 1924 ab zu laufen beginnen.

Von Arbeitnehmerseite wurde verlangt, daß der alte Vertrag einer gründlichen Umarbeitung unterzogen wird. Dem widersetzte sich die Arbeitgeber auf das entschiedenste, und einen Augenblick schien es gar, als wenn an diesem bescheidenen und berechtigten Wunsch die Verhandlungen scheitern sollten. Es wurde aber schließlich doch vereinbart, daß eine kleine Kommission zwecks Redigierung des Vertrags am Mittwoch, den 27. Mai, in Berlin, zusammentritt. Sobald der neue Vertrag endgültig festliegt, werden wir ihn an dieser Stelle im Wortlaut wiedergeben.

## Tarifbewegung

### Einigung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe

Nachdem eine erste Einigungsverhandlung in Köln gescheitert war, hatte das Reichsarbeitsministerium am 22. Mai die streitenden Parteien erneut zusammengeführt. Nach unendlich schwierigen Verhandlungen, die sich bis nach Mitternacht hinzogen, kam eine völlige Einigung zustande. Danach wird der Endlohn des Schiedsspruches vom 2. Mai 1925, der ab 1. Juli einen Facharbeiterlohn von 1,15 M. für das rheinische Gebiet und von 1,10 M. für das Industriegebiet vorsah, bereits vom 22. Mai ab gezahlt. Im übrigen bleibt der Schiedsspruch vom 2. Mai mit kleinen unwesentlichen Abänderungen in vollem Umfange bestehen. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Dieser Ausgang bedeutet einen vollen Erfolg für die Bauarbeiter. Auf Einzelheiten der bedeutsamen Bewegung wird noch zurückzukommen sein.

## Bekanntmachungen

### Bezirk Paderborn

Mit Genehmigung des Hauptvorstandes berufen wir auf Sonntag, 14. Juni, eine

### Bezirkskonferenz

ein. Dieselbe beginnt um 10 Uhr vormittags in Paderborn im Arbeitervereinshaus, Bassestr. 1.

### Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes.
  2. Bericht vom Verbandstage und Durchführung der Beschlüsse.
  3. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Bauarbeiter.
  4. Erledigung von Anträgen.
  5. Wahl des Bezirksvorstandes.
- Jede Verwaltungsstelle ist verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden. (Siehe § 10 der Satzungen.) Anträge müssen bis zum 10. Juni bei dem Unterzeichneten eingereicht sein.

Weitere Aufklärung und Anweisung erfolgt durch Rundschreiben an die Verwaltungsstellen.

### Der Bezirksvorstand.

**J. A.: Friedrich Berner.**

### Hamburg

Nach hier zureisende Kollegen haben sich sofort im Gewerkschaftsbüro, Kaiser-Wilhelm-Str. 51, oder beim Kassierer J. Gau, Lutterothstr. 21, zu melden.

J. A.: J. Gau.